



Sozialdemokratische Partei  
Aarau

Aarau, 30.12.2020

Motion

## **Offenlegung der Finanzierung von Parteien, und Wahl- und Abstimmungskomitees in der Stadt Aarau**

### **Antrag**

Der Stadtrat der Stadt Aarau wird gebeten, ein Reglement für transparente Politikfinanzierung vorzuschlagen. Das Reglement soll mindestens folgende Aspekte umfassen:

- Gesetzliche Grundlage für eine Offenlegungspflicht aller grösseren Beiträge, sowie der Summe der finanziellen Beiträge und aller grösseren geldwerten Leistungen an politische Parteien, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- Im Reglement werden Schwellenwerte pro Abstimmung/Wahl und pro Jahr summierten finanziellen Zuwendungen und geldwerten Leistungen, sowohl von juristischen als auch von natürlichen Personen, festgelegt, ab welchen eine Offenlegungspflicht gilt. Die Annahme von anonymen Spenden ist verboten.
- Es soll im Reglement der Zeitraum und die Frist für die Offenlegungspflicht vor dem jeweiligen Urnengang festgelegt werden.
- Im Reglement sollen zweckmässige und zudem möglichst unbürokratische Regelungen zur Überprüfung der Offenlegungspflicht festgeschrieben werden.
- Ebenfalls im Reglement festgehalten werden, soll eine Regelung zur Sanktionierung von Verletzungen der Offenlegungspflicht.

Ziel der Offenlegungspflicht ist eine möglichst hohe Transparenz, nicht aber eine Offenlegungspflicht für Klein- und Kleinstbeträge, da dies mit einem unnötigen Aufwand verbunden wäre und für die Problematik potenzieller Beeinflussung wenig relevant ist. Es ist nicht das Ziel dieser Motion die Identität aller Kleinspender\*innen offenzulegen.

Es wird mit dieser Motion keine feste Schwelle festgelegt, sondern der Stadtrat wird beauftragt selber eine Schwelle im Reglement vorzuschlagen, die der Grösse der Stadt Aarau und dem Budget der jeweiligen Wahlkämpfe gerecht wird. Sie soll sich dabei an den Schwellenwerten anderer Kantone und Städte (wie beispielweise der Stadt Bern oder dem Kanton Schaffhausen, dem Kanton Fribourg oder dem Kanton Schwyz) orientieren.

### **Begründung**

Das öffentliche Interesse an Fragen der Politikfinanzierung hat in letzter Zeit und mit den immer teurer werdenden Wahlkämpfen und Kampagnen stark zugenommen. Repräsentative Umfragen aus den Jahren 2000, 2007, 2012 und 2016 zeigen: Zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung wollen mehr Transparenz in der Politik. Die Schweiz ist bis heute eines der wenigen Länder in Europa, das bezüglich

Offenlegung der Politikfinanzierung derart schwache Regeln kennt und internationale Standards nicht erfüllt. Obwohl die mangelnde Transparenz von Organisationen wie Transparency International und auch der GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) mehrfach kritisiert wurde, ist auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene lange nichts geschehen. Die Einreichung der nationalen Transparenzinitiative und insbesondere der Erfolg der Volksinitiativen in den Kantonen Fribourg (2018), Schwyz (2018) und Schaffhausen (2020) demonstrieren das erhöhte Interesse der Bevölkerung an der Transparenz der Politikfinanzierung. Mit der überdeutlichen Annahme von Transparenzbestimmungen durch die Stimmbürger\*innen der Stadt Bern (2020) nun auch in der Kommunalpolitik.

Bürger\*innen, die wählen und abstimmen, haben ein Recht zu erfahren, welche finanzstarken Lobbys und Personen hinter einer Wahl- oder Abstimmungskampagne stehen. Eine transparente Politikfinanzierung stärkt die Demokratie und erhöht die Glaubwürdigkeit von Parteien, Politiker\*innen und demokratischen Institutionen. Diese Transparenz schafft Vertrauen, und die Demokratie wird dadurch gestärkt.

### ***Die SP-Fraktion***

Nora Riss	Nicola Müller
Andrea Dörig	Ursula Funk
Abdul Abdurahman	Aaron Bürki
Alois Debrunner	Laszlo Etesi
Thomas Grüter	Anja Kaufmann
Beatrice Klaus	Leona Klopfenstein
Eva Schaffner Wicki	Simone Silbereisen

### ***Mitunterzeichnende***

Fabio Mazzara (Pro Aarau)	Daniel Ballmer (Grüne)
Peter Roschi (CVP)	Alexander Umbricht (GLP)
Esther Belser Gisi (Pro Aarau)	Patrik Dober (Pro Aarau)
Petra Ohnsorg (Grüne)	Christoph Waldmeier (EVP/EW)